

Heimische Wirtschaft zeigt sich optimistisch

Montabaur/Höhr-Grenzhausen. Auf seiner Herbstsitzung analysierte der Beirat der IHK-Geschäftsstelle Montabaur die Situation und Perspektiven der Wirtschaft im Westerwaldkreis und Rhein-Lahn-Kreis vor dem Hintergrund der Finanzkrise. Unter der Leitung des IHK-Vizepräsidenten und Beiratsvorsitzenden Bernhard Zorn kam das Unternehmertum zu dem Schluss, dass die Wirtschaft in beiden Landkreisen aufgrund ihrer Vielfalt gut aufgestellt und damit widerstandsfähiger sei als in anderen Regionen.

Gleichwohl müsse man damit rechnen, dass zumindest mittelfristig auch die hiesigen Betriebe die als Folge zu erwartende Konjunkturbeschwächung zu spüren bekommen. „Der Auftragsbestand in der Industrie stellt sich derzeit noch recht gut dar, doch schon jetzt gibt es Unternehmen, die Auftragsrückgänge und sogar Stornierungen vermelden. Vor allem der Automobilbranche nahe stehende Unternehmen sind hiervon bereits betroffen“, so Zorn.

Wie lange und in welchem Ausmaß die Auswirkungen der Finanzkrise und der hieraus resultieren-

den Konjunkturdelle zu spüren sein werden, könne man zur Zeit nicht abschätzen. Es sei aber damit zu rechnen, dass aufgrund der vielfältigen Verflechtungen der hiesigen Wirtschaft innerhalb der Region wie auch auf nationaler und internationaler Ebene Auswirkungen nicht ausblieben. Positiv sei, dass das Bank-Engagement der Unternehmen größtenteils auf den regionalen Kreditinstituten basiere. Deren Nähe zu den Unternehmen der Region und der damit verbundenen Kenntnis des Geschäfts der Betriebe sowie der Tatsache, dass diese Banken auf gesunden Beinen stünden, sei ein großer Vorteil für die hiesige Wirtschaft.

Eigene Stärken herausarbeiten

Wichtig sei nun, dass beide Landkreise für die Zukunft ihre Standortvorteile und somit Stärken im Wettbewerb professionell profilieren. Ein langfristig angelegtes Regionalmarketing-Konzept sieht der IHK-Beirat als unverzichtbar an. In diesem Zusammenhang müsse vor allem daran gearbeitet werden, die Infrastruktur entsprechend fit für die Zukunft zu machen. Das Unter-

nehmertum der IHK-Geschäftsstelle begrüßte dabei die jüngsten Fortschritte beim Ausbau der B 255. Auch die kürzlich vorgelegten Pläne der Landesregierung mit einem Investitionsvolumen in Höhe von 200 Millionen Euro vor allem die B 8 und die B 414 in Verbindung mit der B 255 zu leistungsfähigen Ost-West-Verkehrsverbindungen auszubauen, stellten eine gute Perspektive für die Region als Wirtschaftsstandort mit Zukunft dar.

Planungen schnell in die Tat umsetzen

„Wir hoffen, dass diese Pläne auch möglichst unbürokratisch und damit schnell in die Tat umgesetzt werden können. Es darf nicht sein, dass wir, wie in Deutschland bei Verkehrsinfrastrukturprojekten in der Vergangenheit häufig der Fall, von Jahrzehnten sprechen, bis sich tatsächlich was tut“, so der Beirat. Die IHK werde bei diesem Themenblock ebenso dran bleiben, wie bisher in der Frage einer Rheinquerung bei St. Goarshausen-St. Goar. Man erwarte von den politisch Verantwortlichen am linken und rechten Rheinufer auch weiterhin so

viel Engagement wie bisher, um das Projekt zu realisieren. Zorn: „Wenn auch das Land seine Aktivitäten in Sachen Rheinbrücke weiter so hoch hält, sehen wir gute Chancen, in einigen Jahren sichtbare Ergebnisse vorzuweisen.“ Der Unterstützung der regionalen Wirtschaft könne man sich dabei sicher sein. Der Beirat unterstrich in diesem Kontext, dass auch die Verankerung der B 274 und deren Ausbau in der Landesplanung als überregional verbindende Verkehrsachse zwischen dem Raum Limburg-Weilburg-Diez mit A 3 zum Rheintal nach St. Goarshausen mit der künftigen Rheinquerung und Anschluss zur A 61 bzw. dem Flughafen Frankfurt-Hahn für die Wirtschaft im Rhein-Lahn-Kreis von hoher Bedeutung sei. Zusammen mit den Ansprechpartnern auf der hiesigen Seite sollte zudem eine leistungsfähige Verlängerung der B 274 ab Zollhaus über Burgschwalbach Richtung Autobahnanschluss Bad Camberg zur A 3 nachgedacht werden. Damit wäre die Anbindung des Raums Nastätten und Katzenelnbogen an eine der wichtigsten Autobahnen der Bundesrepublik möglich.

Mit Sorge beobachte man, so der Beirat, die jüngsten Entwicklungen im Fahrplan der Deutsche Bahn AG (DBAG) auf der ICE-Strecke zwischen Köln und Frankfurt. Außer Frage stehe die Sicherheit der Fahrgäste nach den Problemen mit den Radachsen der ICE III-Züge. Als äußerst problematisch und wenig professionell empfände man jedoch die in den letzten Wochen praktizierte Informationspolitik. Diese sei nicht dazu angetan, Fahrgäste und solche, die es vielleicht noch werden könnten, von den Vorteilen des Verkehrsträgers Schiene zu überzeugen. Gerade bei Geschäftsreisen sei Zuverlässigkeit und eine funktionierende Informationspolitik des Reiseunternehmens unverzichtbar. Die Wirtschaft der Region gehe davon aus, dass sich nach möglichst schneller Behebung der technischen Probleme nicht nur eine Normalisierung des Fahrplanangebots einstellt. Der Beirat konkret: „Wir erwarten auch, dass die DB sich endlich ernsthaft mit den erheblichen Fahrgastpotenzialen beschäftigt, die zum Beispiel durch einen Frühzug von Montabaur nach Frankfurt-Flughafen erschlossen werden könnten.“